



Joachim Poß

Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutsch-Italienischer High Level-Dialog
Deutschland und Italien: Partner beim Aufbau Europas
Rom, 22. - 23. Januar 2015

23. Januar 2015

Tag 2, 11:15 Uhr
The Future of Europe – Integration Strategies
and Future Scenarios

Es gilt das
gesprochene Wort!

Statement von Joachim Poß, MdB

Für eine andere Debatte: Policy-Mix statt Austerität

[ANREDE]

Vielen Dank,
dass Sie mir die Gelegenheit geben, meine Vorstellungen über die Zukunft Europas
in dieser ausgewählten Runde darstellen zu dürfen.

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir uns noch mehr darauf konzentrieren müssen,
unsere Volkswirtschaften in den Mitgliedstaaten in Ordnung zu bringen. Das ist die
Voraussetzung dafür, das Europäische Projekt wieder ins Lot zu bringen. Wir müssen
die strukturellen Probleme angehen, die die Krise zum Vorschein gebracht hat. Dies
gilt insbesondere für die wachsenden sozialen Ungleichgewichte in unseren Gesell-
schaften.

Allzu häufig wird die Verantwortung für Probleme entweder den scheinbar fernen
europäischen Institutionen oder Deutschland gegeben. Schuld sei ein Austeritätskurs,
der von außen aufgedrückt würde. Durch die Krise fand sich Deutschland plötzlich im
Zentrum Europas – nicht nur geographisch, sondern auch ökonomisch und politisch.
Doch ironischerweise könnte niemand ernsthaft behaupten, dass Deutschland sich
diese Rolle ersehnt hätte.

Im Gegenteil: in den letzten Jahren wurde mein Land häufig dafür kritisiert, gerade
nicht genug Führung zu übernehmen. Dabei wurde Deutschland oft heftig angegangen.
Und in manchen Aspekten haben die Kritiker Recht. Sie haben Recht, wenn sie sagen,
dass Deutschland möglicherweise zu viel Einfluss für ein einzelnes Land hätte.

Und es ist richtig, dass in der ersten Phase der Krise zwischen 2010 und 2012 zu
viele Maßnahmen auf einen einseitigen Austeritätskurs abzielten.

Danach jedoch wurde dieser Kurs durch einen ausgewogeneren Ansatz ersetzt. Doch diese Wahrheit dringt oftmals in der Diskussion nicht durch. Trotz der Tatsache, dass auch einige sogenannte kritische Ökonomen inzwischen dieser Ansicht sind. Es wäre jedoch falsch zu behaupten, die Zukunft Europas entscheide sich an einem „Entweder-Oder“: entweder mehr oder weniger Austerität. Das wäre ein Zerrbild der echten Debatte. In Wahrheit war doch die Diskussion der letzten Jahre eine Debatte über den richtigen Dreiklang aus Wachstumsimpulsen, Strukturreformen und Konsolidierung.

Diese Debatte gilt es weiter zu führen – ausgerichtet an den Erfordernissen jedes einzelnen Mitgliedstaates. Auf den Punkt gebracht: Die Lösung der Eurokrise und ihrer Folgen wird nicht in einer Debatte über Segen und Fluch der Austeritätspolitik zu finden sein. Im Gegenteil: Wir müssen damit anfangen, die richtigen Strategien für unsere nationalen Volkswirtschaften zu finden. Anstrengungen sind sowohl auf der europäischen, als auch auf der nationalen Ebene erforderlich.

Um dies zu erreichen, müssen wir die europäische Debatte anders führen.

Es müsste allseits anerkannt werden, dass in vielen Bereichen Misswirtschaft, Vetternwirtschaft, Korruption und Gesetzlosigkeit in den letzten Jahrzehnten die Regel waren. Bis heute zahlen die sogenannten Oligarchen keine angemessenen Steuern. Gesetzgebung wurde nach den Interessen einiger weniger gemacht. Die Kosten der ökonomischen Anpassungen, die nun fällig werden, tragen dagegen vor allem die schwächsten Schultern. Die mangelnde soziale Balance bei den Rettungsmaßnahmen hat die politische Krise verschärft.

Reformbedarf in den Mitgliedstaaten

Es gibt immer noch strukturelle Probleme, besonders in unseren Partnerländern Frankreich, Griechenland, Spanien, Portugal und Italien. Während sich Gegebenheiten und Politikmaßnahmen notwendigerweise von Land zu Land unterscheiden, stellt der Reformbedarf eine klare Gemeinsamkeit dar. Allzu oft sind Steuersysteme ineffizient und unfair, indem sie eine zu große Last auf Lohnempfänger und mittlere Einkommen legen, während Einkommensmillionäre und Vermögende unnötig geschont werden.

Und auch Italien etwa hat bis heute kein funktionierendes Sozialversicherungssystem, das diesem Namen gerecht würde. Die ersten Rettungsmaßnahmen, die auf die Eurokrise folgten, befeuerten die sozialen Schieflagen noch weiter. Das Ergebnis ist eine weiter abnehmende Zustimmung für die Krisenpolitik. Bildungssysteme scheitern daran, junge Leute in die Gesellschaft zu integrieren. Dies beraubt sie der Chance eines besseren Lebens und die Volkswirtschaft produktiver Arbeitskräfte. Duale Ausbildungssysteme sind entweder nicht vorhanden oder ermöglichen keine erfolgreichen Karrieren. Öffentliche erhaltungen sind ineffizient und ineffektiv. Das macht sie unnötig teuer und anfällig für Korruption.

Die Stabilität der Eurozone hängt von erfolgreichen Reformen in diesen und anderen Politikfeldern ab.

Und ich bin überzeugt, dass wir diese Stabilität brauchen, wenn wir eine gemeinsame Zukunft in der Europäischen Union wollen.

Das Europäische Semester verbessern

Im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsverfassung soll das Europäische Semester die nationalen Reformprogramme koordinieren. Schließlich hat uns die Krise die Notwendigkeit eines gemeinsamen europäischen Vorgehens vor Augen geführt. Bei allen Fortschritten gibt es hier noch einigen Verbesserungsbedarf und ich begrüße daher die Debatte, die derzeit zwischen Europäischem Parlament, Kommission und Rat geführt wird.

Grundsätzlich schlage ich vor, realistische aber substanzielle Schritte auf EU-Ebene hin zu besserer Koordinierung zu machen.

Wir sollten dabei stets im Auge behalten, dass wir die Zustimmung der Bevölkerung sicherstellen müssen.

Vertragspartnerschaften könnten ein wichtiger Schritt in Richtung einer europäischen Wirtschaftsregierung sein.

Ihre Einführung ist aus politischer Sicht realistischer als viele andere Vorschläge. Sie könnten die Koordination nationaler Reformpolitiken besser sicherstellen als bisher. Statt im Zweifelsfall unverbindliche Empfehlungen auszustellen, könnte die Kommission, im Gegenzug zu Finanzhilfen, Reformen einfordern. Gleichwohl stellen die Vertragspartnerschaften ein nicht zu unterschätzendes Risiko für die Akzeptanz europäischer Politik in den betroffenen Ländern dar. Eine Politik der „goldenen Zwangsjacken“ droht das europäische Projekt zu diskreditieren.

Ausblick

Wie geht es also weiter?

Es ist einfach, von einem „verlorenen Jahrzehnt“ zu sprechen.

Doch ist der Euro daran schuld, dass wir 2007 und in den Folgejahren von einer globalen Finanzkrise getroffen wurden?

Nein! Das ist ganz klar das Ergebnis eines Finanzkapitalismus, der außer Kontrolle geraten war. Eines Finanzkapitalismus der weder rechtzeitig noch ausreichend gebändigt worden war.

Eines Finanzkapitalismus, der gnadenlos die Geburtsfehler der Eurozone offenlegte, als die Krise mit voller Wucht die Eurozone traf.

Folglich sollte der Finanzsektor einen deutlich größeren Teil der Folgekosten der Krise tragen. Es ist bedauerlich, dass die Finanzlobby einen schnelleren Fortschritt bei dem Projekt einer Finanztransaktionssteuer verhindert hat.

Das muss sich ändern!

Doch diejenigen wiederum, die einfach fordern, wir müssten unseren Kurs ändern und „Austerität abschaffen“, ignorieren die Tatsache dass die Krise auch auf dramatische Weise die strukturellen Probleme in den Mitgliedsstaaten offengelegt hat.

Ich bin davon überzeugt, dass wir diese Krise als Chance begreifen sollten. Als Chance für Wandel. Als Chance, schon lange bestehende Probleme anzugehen und damit die Voraussetzung für eine erfolgreiche europäische Zukunft zu schaffen.

Dazu benötigen wir einen Wandel in der Debatte und eine deutlichere Anerkennung einiger unschöner Entwicklungen der letzten Jahrzehnte. Durch die Krise wurden negative Trends häufig nur verstärkt. Doch mit wachsender sozialer Ungleichheit schwindet die Akzeptanz in der Bevölkerung. Dies ist nicht nur die Schuld der Troika. Es ist schade, dass die neue Europäische Kommission den Kampf gegen wachsende Ungleichheit nicht höher auf die Agenda gesetzt hat (siehe Oxfam-Bericht).

Nichtsdestotrotz müssen wir das Thema weitervoranbringen: Wir müssen wachsender Ungleichheit, ganz besonders in den Krisenländern, den Kampf ansagen.

In einigen Jahren werden wir dann zurückblicken und Gelegenheit haben zu bewerten, ob wir diese große Bewährungsprobe für das Europäische Projekt bestanden haben. Ich bin zuversichtlich, dass uns dies gelingen kann.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!